

Rundbrief für GRÜNE und Interessierte

Liebe Leute,

hiermit möchte ich herzlich zu unserer ersten **Mitgliederversammlung und Wahlfete** (Bln) nach der Sommerpause einladen. (MV 21.9. 19.00 Uhr, Kopstadtplatz 13) Wir wollen uns mit der Finanzkrise beschäftigen.

Außerdem machen wir anlässlich der Berlinwahl eine **kleine Wahlfete** in unserer Geschäftsstelle am 18. 9. ab 17.30 Uhr.



Kaum ein Thema wird in den Medien derzeit stärker diskutiert als die Finanzkrise 2011. Doch während Merkel und Sarkozy in den Abendnachrichten über die Gründung einer europäischen Wirtschaftsregierung spekulieren, sitzen viele von uns etwas ratlos vor der Mattscheibe. Steht das Wirtschaftssystem jetzt vor dem Kollaps? Und was sind eigentlich diese Euro-Bonds, die wir GRÜNEN für richtig, FDP-Politiker dagegen für Teufelszeug halten? Auf diese und weitere Fragen haben GRÜNE Antworten gesucht. Wir greifen auf die Antworten zurück, die Sven Giegold, finanzpolitischer Sprecher der Europa-Grünen und Mehrdad Mostofizadeh, finanzpolitischer Sprecher im NRW-Landtag und Stefan Engstfeld, europapolitischer Sprecher der GRÜ-

Nen in einem Brief der GRÜNEN NRW zum Thema gegeben haben. Auf der MV können wir mit unseren Landtagsmitgliedern Stefan Engstfeld und Mehrdad Mostofizadeh gemeinsam diskutieren.

Finanzkrise 2011



NRW braucht ein stabiles Europa

Wie sich die Finanzkrise auf NRW und seine BürgerInnen auswirkt, erklärt in einem Gastbeitrag Stefan Engstfeld, unser europapolitischer Sprecher im Landtag.

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch die Menschen in Nordrhein-Westfalen verunsichert – was vollkommen verständlich ist. Denn was sollen wir auch denken, wenn die Rede davon ist, dass es sich um die schlimmste Krise seit dem Zusammenbruch von 1929 gehandelt hat?!

Natürlich verunsichert es uns, wenn wir tagtäglich hören, dass ein Staat nach dem anderen von seinen Schulden erstickt wird. Und dann erleben wir, wie große Konzerne Tausende von langjährigen ArbeitnehmerInnen in Kurzarbeit beschäftigen müssen oder sie in die Arbeitslosigkeit schicken.

Zuvorderst die beruhigende Nachricht: In NRW geht es dem Arbeitsmarkt derzeit wieder ganz gut. Knapp sechs Millionen Beschäftigte, über 100.000 offene Stellen – Die Arbeitslosigkeit war im Juli so niedrig wie seit 1993 nicht mehr. Auch die Wirtschaft in NRW hat sich von der Krise langsam wieder erholt, liegt jedoch noch hinter der deutschlandweiten Entwicklung zurück. Auf der anderen Seite hat die Krise dazu geführt, dass die Einkommen in NRW im Durchschnitt gesunken sind.

Auch wenn wir darüber nicht die teils sehr schlimmen Einzelschicksale vergessen dürfen, fest steht: NRW liegt im Herzen Europas und profitiert unglaublich viel vom Zusammenwachsen des Kontinents. Angefangen bei der Montan-Union bis zum gemeinsamen Markt, brachte und bringt uns ein gemeinsames Europa wirtschaftliche und private Vorteile. Nicht zu schweigen von unserer gemeinsamen Währung, die entgegen vielfacher Behauptung kein "Teuro" ist und die für ganz Deutschland mehr Vor- als Nachteil darstellt. Der Strukturwandel im Ruhrgebiet wird nicht bloß vom deutschen Konjunkturpaket vorangetrieben, die Bürgersteige auf denen wir gehen, werden auch mit EU-Mitteln finanziert.

Die Liste ließe sich noch lange fortführen, wichtig ist aber die Erkenntnis: NRW braucht ein politisch und wirtschaftlich stabiles Europa, wenn die Vorteile der Gemeinschaft weiterhin überwiegen sollen. Als Exportland sind wir auf diese Stabilität angewiesen. Im Jahr 2010 exportierten die nordrhein-westfälischen Unternehmen Waren im Wert von über 162 Milliarden Euro – das ist fast das Dreifache der Höhe des Landeshaushalts. Mit über 104 Milliarden Euro gingen die meisten Exporte in Staaten der Europäischen Union, vor allem zu unseren Nachbarländern. Auch die USA importierten Waren aus NRW im Wert von acht Milliarden Euro. Importieren diese Staaten auf Grund einer dauerhaft schlechten Wirtschaftslage weniger, so wirkt sich dies auf die Wirtschaftslage – und damit auf die Arbeitsplätze und Einkommen – in NRW aus.

Ein Scheitern des Euro würde die Stabilität des gesamten europäischen Integrationsprozesses gefährden und damit auch die daraus erwachsenen Freiheiten und Vorteile. Nicht zuletzt würde ein mangelndes Krisenmanagement auch zu massiven Problemen im Landeshaushalt führen. Dagegen würden die jetzigen Probleme klein aussehen. Das Land NRW hält über die WestLB und die Erste Abwicklungsanstalt griechische Staats- und Bankenleihen.

Auch sind viele Bürgerinnen und Bürger, oftmals ohne dass sie es wissen, über Lebensversicherungen oder Rentenfonds mit am griechischen Finanzmarkt vertreten. Sollte der Schadensfall vor allem in Griechenland eintreten, müsste die entstehende Lücke über den Landeshaushalt oder Bankengarantiefonds ausgeglichen werden und damit die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen für den Ausfall aufkommen. Die Gemeinschaft muss also in diesem Falle für ihre Mitglieder einstehen, ansonsten kommt es zu noch größeren Problemen für alle.

Die Krise hat in diesem Zusammenhang aber auch Fehlentwicklungen deutlich gemacht, deren Auswirkungen zu einem späteren Zeitpunkt deutlich drastischer gewesen wären. Sie hat die Aufmerksamkeit auf die stark gewachsene Staatsverschuldung gelenkt. Ihre teils dramatischen Folgen haben dazu geführt, dass der Abbau von Schulden nun ambitionierter verfolgt wird, sei es in Griechenland oder in Deutschland.

Auch in NRW muss die Neuverschuldung in den nächsten Jahren schrittweise gesenkt werden, bis die Schuldenbremse 2020 die Aufnahme von neuen Schulden komplett verbietet. Schwere Einschnitte werden dabei nicht unumgänglich sein, unter dem Druck ist die öffentliche Hand jedoch auch gezwungen, die Mittel noch gewissenhafter zu verwenden und dabei maximale Transparenz zu zeigen. Steuerverwendungen zu verhindern ist im Interesse aller, erst Recht der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Es muss jedoch auch auf die Einnahmenseite geschaut werden:

Eine Steuer auf Finanztransaktionen sowie höhere Steuern für Höchst Einkommen und Vermögen sind notwendig und zudem ein Gebot der Gerechtigkeit.

Die Krise hat die Aufmerksamkeit auch darauf gelenkt, dass die Finanzgeschäfte stärker kontrolliert und reglementiert werden müssen. Das Spekulieren auf einen Staatsbankrott oder der Handel mit Werten, welche die handelnde Person nicht einmal besitzt, müssen verhindert werden.

Eine Finanztransaktionssteuer würde für Deutschland nicht nur zwischen 14 und 33 Milliarden Euro Mehreinnahmen bedeuten, sie würde auch dazu führen, dass die Finanzmärkte dadurch stabilisiert werden, dass kurzfristige und rein spekulative Transaktionen zurückgedrängt werden. Dabei müssen die Kleinanlegerinnen und Kleinanleger in NRW, die beispielsweise für ihre Rente vorsorgen, keine Angst haben: Die vorgeschlagenen 0,05 % Steuer würden sie nicht spüren.

Wir können nicht verhindern, dass es in der Zukunft noch einmal zu einer Krise kommt, wir können jedoch Maßnahmen ergreifen, die weltweit, in Deutschland und in NRW dazu führen, dass die Krisenfolgen nicht die Bürgerinnen und Bürger in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohen.

Ein Gastbeitrag von [Stefan Engstfeld](#). Stefan ist Abgeordneter des Landtags NRW und in der GRÜNEN Fraktion Sprecher für Europa- und Eine-Welt-Politik.

„Verpasse niemals eine gute Krise“



Die weltweite Finanzkrise betrifft uns alle - doch kaum einer durchblickt die Ursachen und Zusammenhänge. Wir möchten ein wenig Licht ins Dunkle bringen und haben deshalb unsere GRÜNEN Experten mit Fragen gelöchert.

Geduldig haben Sven Giegold, finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der GRÜNEN Fraktion im Europa-Parlament und Mehrdad Mostofizadeh, finanzpolitischer Sprecher der NRW-Landtagsfraktion, auf unsere Fragen geantwortet.

Die eigentlich entscheidende Frage direkt zu Beginn: Steht das Weltwirtschaftssystem vor dem Kollaps oder - wie der SPIEGEL fragt - geht die Welt bankrott?



Sven Giegold: Finanzkrisen sind so alt wie der Kapitalismus. Die brillante Studie „This time is different“ des ehemaligen IWF-Chef-ökonomens Rogoff zu Finanzkrisen zeigt: Durch politische Regulierung kann man Finanzkrisen unwahrscheinlicher und weniger schwer machen, aber ganz verhindern kann man sie nicht. Schwere Finanzkrisen können ökonomische Probleme (Arbeitslosigkeit, Armut, Eigentumsverluste) und politische Verwerfungen auslösen. Das Leben, auch das wirtschaftliche, geht jedoch weiter, sofern die politischen Verhältnisse stabil bleiben. Die Weltfinanzkrise ist eine

klassische Überakkumulationskrise: Zu viel Finanzkapital, oder anders gesagt zu vie-

le Schulden, stehen der realen Wirtschaftsleistung gegenüber. Das kann nur durch starkes Wirtschaftswachstum oder durch einen schmerzhaften Prozess der Vernichtung von Finanzkapital und Schulden korrigiert werden. Dieses „deleveraging“ ist ein langer und schmerzhafter Prozess. Das gilt besonders, weil die Option des raschen Wirtschaftswachstums zur Korrektur der Finanzkrise in den entwickelten Industrieländern nur schwer möglich ist. Unser grüner Vorschlag eines international koordinierten „Green New Deal“, um für eine begrenzte Zeit mit massiven Investitionen in Technologien, die den Naturverbrauch und die Emissionen rasch reduzieren, als Nebeneffekt Wachstum auszulösen, wurde ja leider nicht aufgegriffen. Dazu müssen parallel soziale Ungleichheit reduziert und die Finanzmärkte auf lange Sicht orientiert werden. Immer deutlicher wird, dass eine andere Strategie immer schneller an die Grenze des Planeten stößt: Mehr Wachstum führt vor allem zu höheren Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen, was die wirtschaftliche Dynamik gleich wieder bremst. Deshalb ist der [Green New Deal](#) nach wie vor die überzeugendste Antwort auf die Krise.

Verstehst du vor diesem Hintergrund die weltweite Hysterie?

Sven: Der Prozess des Abbaus von Finanzkapital erfolgt in Schüben und unter massiver Spekulation. Dass dies auch Panik an den Börsen auslöst, ist verständlich. Denn schließlich weiß niemand vorher, bei welchem Preisniveau von Aktien, Anleihen, Währungen, Rohstoffen, usw. die Bodenbildung an den Märkten einsetzt und der Prozess des „deleveraging“ vorläufig abgeschlossen ist.

Viele Menschen fragen sich: Was ist die Ursache der erneuten Finanzkrise?

Sven: International war die Abwertung der Kreditwürdigkeit der USA durch die Ratingagentur Standard & Poor's ursächlich, nachdem sich der US-Kongress zerstritten und unfähig gezeigt hat, vernünftige Wirtschaftspolitik zu machen. In Europa wurde der letzte Schub der Finanzkrise fraglos durch Leerverkäufe mit Staatsanleihen und Bankaktien ausgelöst. Finanzinvestoren spekulierten mit Anlagen, die sie gar nicht besitzen, auf Kursverfall - angesichts der Zweifel, dass die Eurozone zusammenhält und alle Mitgliedsländer letztlich ihre Schulden bedienen können. Wichtig jedoch festzuhalten: Die Spekulation sorgt zwar für mehr Unsicherheit und Instabilität an den Finanzmärkten, sie ist jedoch nicht die Ursache für die Kursverluste.

Ist die Schuldenkrise der Staaten nun in der Wirtschaft angekommen?

Sven: Es ist eher umgekehrt. Banken und Investoren haben in der Eurozone hunderte von Milliarden in die Immobilien- und Kreditmärkte in Süd- und Osteuropa investiert. Dadurch entstanden Immobilienblasen und eine allgemeine Erhöhung des Lohn- und Kostenniveaus. Die Arbeitslosigkeit sank, das Wachstum stieg – zumindest kurzfristig. Industrien außerhalb der Blase wurden jedoch geschwächt und waren nicht mehr wettbewerbsfähig – gegenüber Deutschland in der Eurozone und gegenüber China & Asien außerhalb. Die Stärke des Euros auf den internationalen Währungsmärkten tat ihr übriges. Als die Immobilienblasen platzten und die Preise rasch fielen, wurden viele Haushalte und Unternehmen überschuldet, Bankkredite notleidend. Die Krise führte zudem zu niedrigeren Steuereinnahmen, die zusammen mit den Bankenrettungs- und Konjunkturprogrammen die Staatverschuldung in die Höhe trieben. Auch Länder wie Spanien und Irland, vor der Krise Musterschüler in Sachen niedriger Staatsverschuldung, stehen nun mit kaum erträglichen Staatsschulden da. Die meisten Länder der Eurozone sind nun – ebenso wie Japan und die USA

– so stark verschuldet, dass sie der Wirtschaft kaum durch weitere Verschuldung auf die Beine helfen können. Einer weiteren Verschärfung der Krise stehen wir nun deutlich schutzloser gegenüber.

Der deutschen Wirtschaft geht es weiterhin gut. Warum brechen trotz voller Auftragsbücher und Umsatzplus die Kurse am deutschen Aktienmarkt ein?



Mehrdad Mostofizadeh: Das hat sicherlich Gründe, die nicht unmittelbar mit der jeweiligen Unternehmensentwicklung zu tun haben. Die Gewinne sprudeln kräftig, selbst wenn sich das Wachstum im letzten Quartal abgekühlt hat. Die Anlegerinnen und Anleger machen sich offensichtlich wegen der aus ihrer Sicht unklaren politischen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen Sorgen. Unter anderem haben die USA ein umfangreiches Sparpaket beschlossen, das negative Folgen für den privaten Konsum und somit die wirtschaftliche Entwicklung in den USA haben könnte. Präsident Obama konnte sich nicht mit seiner Forderung durchsetzen, gerade die Vermögenden stärker an den staatlichen Kosten zu beteiligen. In der Eurozone gibt es nach wie vor kein glaubwürdiges Konzept zur Lösung der Krise. Andererseits gibt es aber auch eine Reihe von AnlegerInnen, die gezielt auf Staatspleiten setzen und somit für negative Entwicklungen auf den Finanzmärkten sehr konkret mitverantwortlich sind, bzw. die Bedingungen für andere verschlechtern.

Wer Eurobonds für Geheimagenten der EU hält und nur bei Regen unter seinem Rettungsschirm kriecht, der sollte einen Blick in dieses kleine Glossar zur Finanzkrise werfen und den folgenden Link auf der Homepage der GRÜNEN NRW öffnen. Dort finden sich auch weitere Texte.

Finanzkrisen-ABC

Informationsveranstaltung zur Solarenergie am 22.09.2011

Grüne informieren über das Solardachkataster Essen

Die grüne Ratsfraktion Essen und der AK Energie der Essener Grünen laden am Dienstag, den 22. September um 19 Uhr in die grüne Geschäftsstelle (Kopstadtplatz 13) ein zu einer öffentlichen Veranstaltung über das Solardachkataster der Stadtwerke Essen.

Mit Hilfe der im Internet dargestellten Solarenergieanalyse kann man nachvollziehen, ob und in wie weit eine Dachfläche in Essen für die Installation einer Photovoltaik- oder solarthermischen Anlage geeignet ist.

Jörn Hartmann von den Essener Stadtwerken stellt die entsprechenden Webseiten vor und erläutert Hintergründe und Perspektiven. Im zweiten Teil stellt Herr Hartmann weitere Projekte der Stadtwerke im Bereich des Einsatzes regenerativer Energieträger und der Energieeinsparung vor. So wird die Strategie erläutert, um den regenerativen Anteil im Essener Strommix um jährlich 2 % zu erhöhen. Außerdem wird ein aktuelles vom Bundesforschungsministerium gefördertes Forschungsprojekt dargestellt, in dem es um die Integration von Mini-Kraftwerken in jede Heizung und ein Zusammenschalten zu einem virtuellen Kraftwerk geht.

Mit freundlichen Grüßen Joachim Drell

Termine für GRÜNE und Interessierte

<u>WANN</u>			<u>WO</u>	<u>WAS</u>
13.9.	Di	19.00	GRÜNES Zen- trum	Mitgliederversammlung der Jungen Grünen
13.9.	Di	20.00	Stadtmitte/Huttrop	GRÜNER Stammtisch BV I in den Warsteiner Stuben, Steeler/Herwarthstr.
18.9.	So	17.30	Kopstadtplatz 13	Berliner Wahlparty bei den GRÜNEN
21.9.	Mi	19.00	Kopstadtplatz 13	„Tsatsiki, Spaghetti und Guinness - alles aus? Die Finanzkrise in Europa und Ihre Folgen!“ MV der GRÜNEN zur Finanzkrise mit Stefan Engstfeld und Mehrdad Mostofizadeh
22.9.	Do	19.00	Kopstadtplatz 13	Solarkataster- Veranstaltung des AK Energie und der Ratsfraktion
22.9.	Do	20.00	Werden	GRÜNER Treff in Werden, Domstube in der Brückstraße
27.09.	Di	19.15	Kopstadtplatz 13	AK Verkehrspolitik verschoben auf den 4.10. 18.30 Uhr Geschäftsstelle
30.9.	Fr	19.30	Ruhrhalbinsel	GRÜNER Stammtisch Ruhrhalbinsel, Gaststätte Dyonisos, Heisinger Str. 393
4.10	Di	18.30	Kopstadtplatz 13	AK Verkehrspolitik, GRÜNE Geschäftsstelle
4.10.	Di	20.00	Altenessen	Stammtisch GRÜNE Nord Gaststätte In der Zeche Helene, Twentmannstr. 125
5.10.	Mi	20.00	Rüttenscheid	GRÜNER Stammtisch Rüttenscheid im Cafe Cult, Girardetzentrum
5.10.	Mi	18.30	Holsterhausen	Radtour mit dem Fahrradbeauftragten der BV (Michah) Start+Ende Gemarkenstr./Kirche
5.10.	Mi	19.00	Frohnhausen	Stammtisch der GRÜNEN E-West Gaststätte ??
5.10.	Mi	20.00	Grend	GRÜNER Stammtisch Steele, Westfalenstr. 311 am Grendplatz
6.10.	Di	20.00	Gaststätte Krebs	Stammtisch der GRÜNEN Borbeck in der Gaststätte Krebs, Borbecker Str. 180
10.10.	Mo	19:30	Unperfekthaus	AK Netzpolitik, neue Medien/Datensicherheit der GRÜNEN
11.10.	Di	20.00	Stadtmitte/Huttrop	GRÜNER Stammtisch BV I in den Warsteiner Stuben, Steeler/Herwarthstr.
20.10.	Do	19.00	Ggf. Kopstadt- platz 13 (?)	AK Energie Windkraftnutzung in Essen- Ort offen
27.10.	Do	20.00	Werden	GRÜNER Treff in Werden, Domstube in der Brückstraße